

Eine amtliche Mitteilung aus dem Bundeshaus hat kürzlich eine "Reorganisation des Aussendienstes der Eidgenossenschaft" angekündigt, die durch die Demission des langjährigen schweizerischen Gesandten in Brüssel erleichtert werde, Da die Vorarbeit des Politischen Departements, nach dem Communiqué zu schliessen, auf breitester Grundlage betrieben und die Oeffentlichkeit auf kommende Dinge vorbereitet wird, dürfte es auch an der Zeit sein, auf einen Punkt hinzuweisen, der aufmerksame Beobachter im Inland und im Kreise der Auslandschweizer mit wachsender Sorge erfüllt und das Bedürfnis nach einer Neuordnung als dringend erscheinen lässt.

Als die schweizerische Gesandtschaft in Berlin durch die Demission Minister Rüfenachts verwaiste, entschied sich der Bundesrat für einen Nachfolger, dem man gewiss nicht vorwerfen kann, dass er es in einer jahrzehntelangen Beamtentätigkeit in den Bureaux von Bern an Fleiss und Pünktlichkeit hätte fehlen lassen, dem aber alle Voraussetzungen für den schwierigsten und delikatesten Auslandsposten, den die Schweiz überhaupt zu vergeben hat, abgingen. Die Ernennung erregte weitherum Kopfschütteln, aber man beruhigte sich halbwegs, als es sich herumsprach, dass Pietätsrücksichten massgebend waren, um einem treuen und ausdauernden Funktionär nach einer voraussichtlich kurz bemessenen Uebergangsfrist den Eintritt in das verdiente otium *cum dignitate* zu vergolden.

Seither sind mehr als fünf Jahre vergangen, und die Entwicklung in Berlin zeigt zweierlei Aspekte. Auf der einen Seite hat sich das Problem der schweizerisch-deutschen Beziehungen in einer Weise kompliziert, die ungewöhnliche Anforderungen an die Festigkeit des Charakters, die Kaltblütigkeit und das Fingerspitzengefühl des offiziellen Vertreters der Eidgenossenschaft stellt - auf der ande



Seite ist das Ansehen und die Autorität, die die schweizerische Gesandtschaft unter Minister Rüfenacht genoss, unaufhörlich zusammengesmolzen. Aus der Gesandtschaft ist eine Kanzlei geworden, ein Briefkasten, der notdürftig den geschäftsmässigen Verkehr mit den Berner Verwaltungsstellen besorgt. Sogar bei dieser bescheidenen Beschränkung sind aber unerfreuliche Zwischenspiele nicht immer zu vermeiden. Was soll man dazu sagen, wenn ein Gesandter sich von irgend einem zu schlechten Spässen aufgelegten Hitlerjungen, der sich am Telefon als "Adjutant der Reichskanzlei" ausgibt, ins Bockshorn jagen lässt und ohne jede Nachprüfung die Auflösung aller in Deutschland bestehenden Schweizer Vereine nach Bern meldet, wo die Neuigkeit durch ein Communiqué dem Schweizervolke zur Kenntnis gebracht wird? Es bedurfte der Unterstützung von dritter Seite und besonderer Mahnungen aus Bern, bis der verwirrte Berliner Missionschef in später Stunde der Sache nachging und die Mystifikation erkannte. Ein Glück nur, dass der Bundesrat sich von der Nervosität seines diplomatischen Vertreters nicht anstecken liess und zu keinen raschen Gegenmassnahmen griff. Die Geschichte der Diplomatie bietet Beispiele genug, was für Unheil aus plötzlichen Konfusionen und Missgriffen entstehen kann. Nur mit einem Gefühl der Beklemmung überlegt man sich, wie die Berliner Gesandtschaft bei einer ernststen politischen Verwicklung, wenn die Entscheidungen sich auf Stunden zusammendrängen, ihren Aufgaben gewachsen wäre.

Die Affäre der Entführung eines Emigranten aus schweizerischem Gebiet, die 1935 einige Monate lang die Beziehungen zwischen der Schweiz und Deutschland belastete, hätte sich vielleicht auf den ersten Anhieb beilegen lassen, wenn der schweizerische Gesandte auch nur mit einem Mindestmass von Geschicklichkeit vorgegangen wäre, statt die Rolle des Elefanten im Porzellanladen zu spielen. Bei dem schlechten Ge-

wissen, das die deutschen Amtsstellen von vornherein hatten, waren sie froh, dass später, diesmal aber in Bern, neue Besprechungen zustande kamen und sich ein Weg zum Rückzug öffnete. Schliesslich - um nur wenige Beispiele aus einem unerquicklichen Kapitel herauszugreifen - ist es für ein Land auch nicht schmeichelhaft, wenn sein Gesandter an einer Bankettafel, von Ausländern umgeben, die Fehler vorrechnet, die seiner Regierung auf dem Gebiete der wirtschaftspolitischen Abkommen mit einem Nachbarstaat unterlaufen seien und selbstgefällig erklärt, wie man es ganz anders und besser hätte machen können. Darf man sich da noch wundern, wenn ein deutscher Politiker, der wegen seines schneidenden Witzes bekannt ist, unsern Gesandten in dessen eigener Wohnung in einer Art abkanzelt, dass die anwesenden Gäste sich für ihn ein wenig genieren müssen?

Eine Reorganisation hat im Laufe der Zeit allderings stattgefunden, aber was für eine! Ein Personalschub entfernte die älteren, erfahrenen diplomatischen Beamten, die schon vor Herrn Dinichert in Berlin gearbeitet hatten, von ihren Posten. In das Amt des Leiters des politischen Referats und Geschäftsträgers rückte ein neugebackener Legationssekretär ein, der kurz vorher seine Lehrzeit beim Politischen Departement absolviert hatte und jetzt mit bewunderndem Staunen alles aufnimmt, was ihm die beamteten Propagandisten in Berlin erzählen. Die Interventionen zugunsten schutzbedürftiger Schweizer, früher schon nicht immer wirksam durchgeführt, sind so ^{sch}schwach geworden, und dringen nur bis zu so niedrigen Instanzen der Wilhelmstrasse vor, dass sie jeden Wert zu verlieren drohen. Ein Schweizer, der gezwungen war, diplomatischen Schutz in Anspruch zu nehmen, erhielt nach langem, vergeblichem Warten endlich den Bescheid, "man könne doch nicht Herrn Geheimrat X. behelligen" (d.h. den zuständigen Abteilungsleiter

eines deutschen Ministeriums). Wozu unterhält die Eidgenossenschaft eigentlich eine Vertretung in Berlin, um Kratzfüsse vor den Herren Geheimräten zu üben oder um Landsleuten zu helfen, die wahrlich schwer genug um ihr Stück Brot und ihre ganze Existenz zu sorgen haben? Man soll sich nicht wundern, wenn eine tiefgreifende Verbitterung und ein Gefühl der Verlassenheit sich manches Auslandschweizers bemächtigt.

Für die lieblose, gleichgültige Art, in der die Kategorie von Schweizerbürgern behandelt wird, die einen Rückhalt am bittersten nötig hätte, die Pressevertreter, nur ein Beispiel. Die schweizerische Gesandtschaft wird amtlich von der Ausweisung des Berliner Korrespondenten der "Basler Nachrichten" in Kenntnis gesetzt, aber es fällt ihr nicht ein, den betroffenen Landsmann - einen Familienvater, der hier mit Frau und drei Kindern einen Haushalt führt - davon zu benachrichtigen, was ihm bevorsteht. Um allen Unannehmlichkeiten zu entgehen, wartet sie seelenruhig ab, bis die heikle Neuigkeit ihren Weg von Bern nach Basel und von dort wieder zurück nach Berlin gemacht hat. Für die Unzulänglichkeit der nachfolgenden Bemühungen, die sich auf einen Bittgang zum Auswärtigen Amt beschränkten, darf die Schuld nicht einseitig auf die schweizerische Gesandtschaft (die ja gewohnheitsmässig keinen Finger hebt, ohne Instruktionen von Bern zu haben) geschoben werden. Im Politischen Departement hat eine Ratlosigkeit geherrscht, die noch akzentuiert wird durch die mehr als nur ungeschickte Methode, dass in Bern eine offiziöse Mitteilung an die Presse erging, die besagt, der Bundesrat habe in einer Sitzung von der Ausweisung Kenntnis genommen, er verzichte aber auf Gegenmassnahmen, "und damit sei die Sache erledigt". Erledigt? Einer der besten und angesehensten Kenner der Verhältnisse, der Präsident des Vereins der ausländischen Presse in Berlin, René Lauret, bezeichnet die Angelegen-

heit Böschenstein als einen der schwersten Fälle, die sich auf dem Gebiete der internationalen Pressebeziehungen abgespielt haben. Aber der Bundesrat beeilt sich mit der Mitteilung, dass sie aus und erledigt /sei. In Berlin weiss man eine solche Sprache zu schätzen, und man müsste ein schlechter Kenner der nationalsozialistischen Psychologie sein, um daran zu zweifeln, dass die deutschen Staats- und Parteistellen daraus nichts anderes als eine Aufforderung herauslesen, mit ihrer Ausweisungspraxis unentwegt in Abständen von je ein paar Monaten fortzufahren. Die vollkommene Erledigung wird dann konstatiert werden können, wenn auch der letzte Schweizer Journalist - viele bleiben nach den drei Ausweisungen, die der Bundesrat resigniert hingenommen hat, nicht mehr übrig - mit sanfter Gewalt über die Reichsgrenze abgeschoben ist. Die beiden leitenden Geister der Gesandtschaft in Berlin werden dann ihren Frieden und ihre Bequemlichkeit haben. Was für ein Unterschied im Vergleich zur Standesorganisation der Auslandspresse in Berlin, alles Leute, die keine Immunität geniessen, kein Regierungsorgan hinter sich haben und selber unter dem Damoklesschwert der deutschen Zwangsmassnahmen stehen, aber sich tapfer und hingebungsvoll für ihre bedrohten Berufsgenossen einsetzen und das äusserste tun, was in ihrer Kraft steht, um das Schicksal der Ver-~~KOLKAF~~ folgten zu erleichtern!

Es ist nicht erfreulich, alle diese Dinge in die Öffentlichkeit ziehen zu müssen, aber dem Landesinteresse ist damit besser gedient, als wenn man jahraus jahrein nur mit g bedauerndem Achselzucken über Zustände hinwegsieht, die längst unhaltbar geworden sind. Die Frage unserer diplomatischen Vertretung in Berlin ist überreif, um unbeschwert durch personelle Rücksichten und Protektoratsverhältnisse zur Entscheidung gebracht zu werden.